Erschienen in:Arbeitspapier Nr. 1, Wss. Beirat von Attac,2003 Frankfurt/Main

Mohssen Massarrat 21. Februar 2003

Anmerkungen zu Elmar Altvaters Beitrag
"Die Währung des Schwarzen Goldes"

Der Zusammenhang zwischen dem Ölpreis, Öleinnahmen, dem Dollar und darüber hinaus den internationalen Finanzströmen bedarf ohne Zweifel einer intensiveren Aufmerksamkeit als ihm bisher zuteil geworden ist. Schließlich haben die "Ölpreisschocks" vom 1974 und 1979 und die Umleitung einiger hundert Milliarden US-Dollar von den OECD- zu den OPEC-Staaten die internationalen Finanzkrisen der achtziger Jahre mit ausgelöst. Der Ölpreis selbst ist dabei das entscheidende Instrument für die Aufteilung und Neuaufteilung der Ölrente[1] zwischen Produzenten(staaten) und Verbraucher(staaten). Der Ölpreis wurde - hierin ist Altvater zuzustimmen - nie ausschließlich durch Marktgesetze gebildet, sondern in letzter Instanz immer politisch reguliert. Ohne Frage haben hohe Ölpreise die Position des Dollars immer gestärkt und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, solange Öl in Dollar gehandelt wird. Somit besteht auch in diesem Punkt kein Dissens zu Altvaters Analyse. Meine Einwände entstehen jedoch dort, wo Altvater die Herbeiführung höherer Ölpreise als Motiv der USA vermutet, den Irak militärisch zu besetzen:

1. Die USA erlangen nach der Besetzung Iraks und durch direkte Kontrolle des irakischen Öls zwar die Möglichkeit den Ölpreis zu senken, jedoch nicht die Möglichkeit ihn zu erhöhen. Die Preissenkung erfolgt, wenn die irakische Produktionskapazität von gegenwärtig 880 Mio. Barrel im Jahr um ein mehrfaches ausgeweitet wird, was tatsächlich auch geplant ist. Bei einer durch Angebotserhöhung oder gar Überproduktion verschärften Konkurrenz unter den Anbietern kann mit einem Ölpreissturz auf 10-20 US-Dollar/Barrel gerechnet werden.

2. Den Vereinigten Staaten stehen m.E. grundsätzlich zwei Möglichkeiten zur Ölpreiserhöhung zur Verfügung: (a) als das größte Öl-Verbraucherland durch spürbare Erhöhung der eigenen Nachfrage nach Öl oder (b) indem sie als Ölproduzent der OPEC beitreten und mit allen anderen Ölproduzenten durch eine gemeinsame Verknappungsstrategie an der Ölpreisschraube mitdrehen. Für diese denkbaren Optionen wäre der Irak-Krieg allerdings überflüssig.

---

[1] Differenz zwischen Produktionskosten von ca. 1-5 US-Dollar/Barrel am Persischen Golf und dem Weltmarktpreis, der in den letzten 25 Jahren zwischen 10 und 70 US-Dollar/Barrel schwankte.) Ausführlicher dazu vgl. Massarrat, Mohssen, 2000: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimapolitik durch Mengenregulierung und neue politische Allianzen, Marburg.

3. Tatsächlich haben die USA bisher die Ölpreiserhöhungen der OPEC stets "bis aufs Messer" bekämpft und ihren gesamten diplomatischen, politischen und militärischen Einfluss, vor allem auf ihre Verbündeten innerhalb der OPEC (Saudi-Arabien, Kuwait, Arabische Emirate) geltend gemacht, um den Ölpreis auf ein ihren energiepolitischen und gesamtwirtschaftlichen Interessen entsprechendes Niveau (etwa auf 15 US-Dollar) zu senken.

4. Das Energiepreisniveau in den USA ist um ca. 50% niedriger als bei ihren größten Weltmarktkonkurrenten EU und Japan.[2] Damit verfügen die USA gegenwärtig über einen wirkungsvollen Wettbewerbsvorteil. Durch eine Erhöhung der Ölpreise mit dem Ziel, wie Altvater annimmt, "die Ausbeutung nicht-konventioneller Ölreserven, von Ölsand und Ölschiefer ..." rentabel zu machen, entfiele der gegenwärtige Wettbewerbsvorteil der US-Ökonomie. Auch im Kontext des Wettbewerbs auf den Weltmärkten macht die Ölpreiserhöhung keinen Sinn.

5. Eine Ölpreiserhöhung würde die EU und Japan zum Ausbau eigener regenerativer Energien drängen und damit die Ölabhängigkeit dieser Staaten, so gleichzeitig auch die gegenwärtig bestehende Abhängigkeit von den USA und ihrer "Sicherheitspolitik" zum Schutz "vitaler westlicher Interessen" reduzieren und der multilateralen Weltordnung letztlich einen neuen Auftrieb geben. Insofern würde für die USA eine Ölpreiserhöhung auch außen- und sicherheitspolitisch keinen Sinn ergeben. Umgekehrt macht es für Amerikas unilaterale Weltordnung sehr viel Sinn alles daran zu setzen, den Ölpreis auf ein möglichst niedriges Niveau zu drücken und alle bestehenden bündnispolitischen Abhängigkeiten, die über ihre hegemonialpolitischen und geostrategischen Hebel vermittelt sind, zu halten.[3]

6. Durch eine Ölpreiserhöhung würden alle Ölverbraucherstaaten, einschließlich der USA selbst, ökonomisch verlieren. Gewinner wären nur die OPEC-Staaten, deren Einnahmen beträchtlich steigen würden. Auch aus diesem Grund können die USA eine Ölpreiserhöhung nicht wollen. Die Lösung durch die "Druckerei der Federal Reserve" für die USA ist theoretisch und praktisch möglich, jedoch - wie Altvater selbst konstatiert - mit anderen Gefahren verbunden.

---

[2] Daher ist der US Pro-Kopf-Verbrauch auch doppelt so hoch wie in Europa.

[3] Ausführlicher dazu siehe meine Beiträge in diesem Reader "Über den Zusammenhang zwischen Globalisierung, Hegemonialpolitik und Krieg" sowie "Das 'Imperium' und der Irak-Krieg". Ferner mein Buch, 2003: Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg. Vgl. auch Cheney, Dick/Powell, Colin L./O'Neil, Paul u.a., 2001: National Energy Policy: Report of the National Energy Policy Development Group, Washington.

Fazit: Ein hegemonialer "Währungskrieg" zwischen Dollar und Euro findet statt und wird in Zukunft sicherlich auch brutaler. Dafür lässt sich der Ölpreis - obwohl es auf den ersten Blick so erscheinen mag - allerdings schlecht instrumentalisieren. Der "Währungskrieg" dürfte letztlich eher durch Produktivitätsentwicklung und die Weltordnungsalternativen unilateral versus multilateral entschieden werden.